

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. Januar 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reichweiten 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 8

### Wo stehen wir?

Mit Beginn dieses Jahres ist im deutschen Buchdruckgewerbe ein neues Arbeits- und Lohngesetz in Kraft getreten. Nach seinem Motto soll dieser neue Buchdruckerlohn die Niedrigkeit dessen sein, was im deutschen Buchdruckgewerbe zur Regelung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern für gerecht, billig und verbindlich zu erachten wäre. Verbindliche Kraft erhielt das neue Berufsgesetz als „Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker“ nach endgültiger Zustimmung beider Kontrahenten; seitens der Gehilfenschaft nach einer Urabstimmung, bei der 40259 für und 24257 Gehilfen dagegen votierten. Die erhebliche Minderheit ist sowohl auf starke materielle wie prinzipielle Bedenken zurückzuführen. Die letzteren sollen hier unerörtert bleiben, da das diesbezügliche Für und Wider im Verbandsorgan im Laufe des letzten Jahres, insbesondere auch auf der Generalversammlung unseres Verbandes in Nürnberg, in reichlichem Maße zur Debatte gestanden hat. Aber die materiellen Bedenken, die für den Ausfall dieser buchdruckerlichen Volksabstimmung in Frage kommen, bilden nicht nur für die dabei zutage getretene starke Opposition eine wesentliche Rolle, sondern nicht minder auch für die Bekenner zur Tarifgemeinschaft. Diese haben wohl zum größten Teil aus Zweckmäßigkeitsgründen im ehelichen Vertrauen auf „Treu und Glauben“ für die Auslegung und Befolgung der tarifgemeinschaftlichen Grundzüge ihre Zustimmung gegeben. Und zwar in der bestimmten Erwartung, daß innerhalb der erneuerten Tarifgemeinschaft ein den veränderlichen Lebensverhältnissen angepaßter gerechter und billiger Ausgleich auf materiellem Gebiet in Zukunft leichter möglich sein wird als früher. Die Festsetzung des Gültigkeitstermins der mehr als beschiedenen neuen Steuerungsulagen bis 31. März d. J. sowie die Zufüge der Unternehmervertreter im Tarifausschusse, daß bei wesentlicher Verschlechterung der Lebensverhältnisse ein gerechter Ausgleich auf tariflichem Wege nicht ausgeschlossen sein soll, hat in der Hauptsache dazu beigetragen, daß eine solche Mehrheit für die Annahme des neuen Tarifs zustande gekommen ist. Nicht zuletzt ist in Gehilfenkreisen für die Zustimmung wohl auch die Erwägung maßgebend gewesen, daß eine allgemeine wesentliche Preissenkung das beschiedene Maß der tariflichen Lohnfestsetzung wenigstens einigermaßen ausgleichen werde. Daß also logischerweise bei einer gegenseitigen Entwicklung der Dinge auch die Steuerungsulagen eine entsprechende Erhöhung auf dem Wege friedlicher Vereinbarung finden würden.

Diese Hoffnung hat sich nun leider bisher nicht erfüllt. Statt einer wesentlichen Verbilligung ist seit 1. November v. J. eine ganz beträchtliche Steigerung der Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse eingetreten. Und als der neue Tarif am 1. Januar d. J. in Kraft treten sollte, war die wirtschaftliche Lage trotz der neuen Steuerungsulage eine weit schlechtere als am 1. November v. J. Wir verzichten darauf, an dieser Stelle nochmals statistische Einzelheiten als Beweismaterial anzuführen. In den vorausgehenden Nummern ist das in ausreichendem Maße geschehen. Wer sich an der Hand jener Bestellungen von der tatsächlichen Lage der deutschen Buchdrucker nicht überzeugt fühlt, der wird

auch nicht zu überzeugen sein, wenn wir die diesbezüglichen Beweise zentrierender hier nochmals aufzählen würden. Für das, was hier unter der Frage „Wo stehen wir?“ zu sagen ist, genügt es, festzustellen, daß sämtliche Gehilfenkreisvertreter, gedrängt von der furchtbaren Notlage der deutschen Buchdrucker, schon im Dezember v. J. beim Tarifamt den Antrag auf sofortige Einberufung des Tarifausschusses eingereicht haben, um zu einer Erhöhung der Steuerungsulagen Stellung zu nehmen. Das Tarifamt hat jedoch diesen Antrag gegen die Stimmen sämtlicher Gehilfenvertreter noch kurz vor Jahreschluss abgelehnt.

Damit fällt aber eine ungeheure Verantwortung auf jenen Tarifkontrahenten, der diese Situation herbeigeführt hat. Die Gehilfenvertreter, der Verbandsvorstand, wie überhaupt alle an verantwortlicher Stelle stehenden Personen unseres Verbandes haben in den letzten Wochen und Tagen keine Gelegenheit verkannt, die zu einer gerechten und vertragsgemäßen Lösung dieses Konfliktes führen könnte. Wir selbst haben unter äußerster subjektiver Zurückhaltung versucht, durch ausführliche und ruhige Erörterung aller Haupt- und Nebenfragen auf tariflichem, wie sozialem, und wirtschaftlichem Gebiete, dem gleichen Ziele zu dienen. Aber leider stellt eine mit weltfremder Blindheit geschlagene Politik und Vogelstreifenpolitik auf der Seite des andern Tarifkontrahenten diesem rechtlichen Bemühen solche Schwierigkeiten entgegen, daß es schwer fällt, an seine wirkliche Vertragstreue noch ernstlich zu glauben. Während Hunderte von Buchdruckereibesitzern im ganzen Reich in den letzten Wochen für die elende Lage der Gehilfen und ihrer Familien noch eine gewisse Einsicht bekundet haben und durch viele nachahmenswerte Beispiele tatkräftig zum Ausdruck brachten, daß sie gewillt sind, die ärgste Not zu lindern und daher aus sozialem Empfinden heraus, auf höhere Gewinne verzichteten, finden wir auf Seiten des Deutschen Buchdruckervereins, der für sich in Anspruch nimmt, die allein maßgebende Organisation der deutschen Buchdruckereibesitzer zu sein, das strikte Gegenteil.

Die sogenannte Schutzgemeinschaft des Deutschen Buchdruckervereins spannt alle Kräfte an, um innerhalb des Deutschen Buchdruckervereins durch eine straffgegliederte Organisation jeden Versuch der Gehilfenschaft zur Erleichterung ihrer schweren wirtschaftlichen Not in rücksichtslosester Weise zu bekämpfen. In Zirkularen und Rundschreiben vieler Kreis- und Bezirksvereine wird jedes Zugeständnis einzelner Unternehmer gegenüber der Gehilfenschaft teils direkt unterlagert, teils äußerst erschwert. Fast durchweg zeigt sich auf den Spuren des Deutschen Buchdruckervereins das Bestreben, den neuen Tarif sowohl in Leistung wie Gegenleistung in einen Maximaltarif umzuwandeln. Jedes bessere Lohn- und Arbeitsverhältnis, das über die Minimalstufe des neuen Tarifs hinausgeht, ist dem Deutschen Buchdruckerverein ein Dorn im Auge. Und selbst den Weg des tariflichen Rechts, die Lage der Gehilfenschaft durch die Herbeiführung rechtmäßiger Beschlüsse des Tarifausschusses zu verbessern, sucht der Deutsche Buchdruckerverein entweder ganz zu verammeln oder zu sabotieren. Die ablehnende Haltung der Unternehmervertreter im Tarifamt vor sofortiger Einberufung des Tarifausschusses ist offensichtlich nur bestellte Arbeit des Deutschen Buchdrucker-

vereins. Und die schon mitgeteilte Einberufung einer Hauptauschussung dieser Organisation erst zum 26. Januar (volle vier Wochen nach dem unheilvollen Ablehnungsdiktat des Tarifamts) kann nur den Sinn einer absichtlichen Verzögerung haben. Sie beweist, daß die Ratgeber und Führer des Deutschen Buchdruckervereins mit antisozialen Scheuklappen an dem Elend der Gehilfenschaft vorbeigehen können, weil sie selbst die Not nicht am eignen Leibe verspüren. Denn wäre dem nicht so, so würden sie es nicht vor ihrem Gewissen verantworten können, eine solche Verleumdungspolitik zu treiben.

Es ist eine beklemmende Tragik der neuen Tarifgemeinschaft, daß über ihrer Eingangspforte so verhängnisvolle Anzeichen privalkapitalistischer Willkür sichtbar werden. Unser Verbandsvorstand hat in seiner diesmaligen Neujahrsproklamation in beruhigenden Worten die Kollegenschaft erlucht, sich trotz der schweren Sorgenlast, die uns alle drückt, in der erneuerten Tarifgemeinschaft ihrer vertraglichen Pflichten bewußt zu bleiben, trotzdem so manche Wünsche durch sie nicht erfüllt werden. Frei von jeder Phrase wies er in voller Erkenntnis der schweren Wolken, die über der neuen Tarifgemeinschaft noch kurz vor Jahreschluss heraufgezogen waren, auf die Verpflichtung für jeden einzelnen hin, das Geschaffene zu beachten und zu respektieren und jedwede Tätigkeit auf diesem Gebiete nur im Rahmen der gegebenen Grenzen auszuüben! Hier haben wir ein durchaus ehliches Bekenntnis zur Vertragstreue, das von dem andern Tarifkontrahenten fast zur selben Stunde durch die willkürliche Ablehnung der von den Gehilfenvertretern rechtmäßig beantragten Einberufung des Tarifausschusses in schöner Weise mißbraucht wurde.

Für unsre Organisation gilt angesichts des kurzschichtigen und nervösen Gebarens des Deutschen Buchdruckervereins die Parole: Des Starken Lied klingt leis! Die im Verbands vereinigte Kollegenschaft hat daher auch nicht notwendig, sochem Spiele mit dem Feuer gegenüber die Ruhe zu verlieren! Wird in so leichtfertiger und kurzschichtiger Weise wie bisher von dem Unternehmertum des deutschen Buchdruckgewerbes auch Brüche um Brüche abgebrochen, die zu einem friedlichen Ausgleich führen können, die organisierte Gehilfenschaft wird dadurch nicht isoliert oder abgeschnitten von der millionenstarken Armee der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, sondern nur noch enger und fester mit ihr verbunden werden. Je mehr das Eisen gehämmert wird, desto härter wird es und desto elastischer werden sich seine Kräfte zur rechten Zeit und am rechten Orte bewähren. Wenn die Unternehmer im deutschen Buchdruckgewerbe des Glaubens sein sollten, daß die neuzeitliche Strömung im sozialen Befreiungskampfe der deutschen Arbeiterschaft sie völlig unbehelligt lassen wird, so werden sie sich täuschen!

Möge der Deutsche Buchdruckerverein unter verständnisvoller Beachtung des Grollens in der Tiefe der darbenenden und schaffenden Kräfte des deutschen Buchdruckgewerbes den 26. Januar nicht zu einem schwarzen Tage für die Tarifgemeinschaft werden lassen. Die Gehilfenschaft und ihre Führer würde keine Verantwortung für die Folgen freieren, wenn unerbitliche Zeitnotwendigkeiten auch fernerhin auf Unternehmerseite kein besseres Verständnis finden!

## Zur Lohnfrage

Als unsere Obherrschaftler Anfang November 1920, nach tagelangen Verhandlungen mit den Prinzipalen, endlich eine Erhöhung der Feuerungszulage von 10 bis 20 Mh. erkämpft hatten, ging ein Sturm der Entrüstung durch die gesamte Gehilfenchaft ob dieser hässlichen Zulage. Fast überall wurden sofortige neue Verhandlungen gefordert zwecks Erreichung einer höheren Feuerungszulage. Wie steht es nun jetzt nach Verlauf dieser Wochen? Wollen wir wirklich bis Ende März 1921 warten, wo die Frist der jetzigen Feuerungszulage abläuft, mit dem Antrag auf Erhöhung unseres Lohnes? Es scheint fast so! Aber vom ewigen Warten wird man nicht last. Seit langer Zeit wird immer von Preisabbau geredet und geschrieben, aber fortwährend steigt sich das gerade Gegenteil. Alles mögliche steigt stetig in die Höhe. Wenn wir da immer ruhig warten wollen, so wird es jedenfalls so lange dauern, bis wir eines Tages verhungert umfallen. Nur Taten können uns aus diesem Elend befreien.

Die wenigen Mark, welche man uns im November bewilligte, waren uns schon vor Inkaufstrennen der Zulage auf alle mögliche Art und Weise wieder abgenommen worden (Verfeuerung der wichtigsten Lebensmittel, Steuern, Mieteerhöhung, Gas, Feuerung usw.). Ja, wenn wir zuvor schon einen Wochenlohn im Durchschnitt von ca. 10 bis 300 Mh. gehabt hätten, so wäre dieses Zugeländnis von 10 bis 20 Mh. immer noch hinzunehmen gewesen. Aber so sehen wir hier in der Großstadt Chemnitz mit einem Wochenverdienst von 247,62 Mh. in der höchsten Gehilfenlohnklasse da. Hier von geben nun im Durchschnitt 20 Mh. Steuern und 7,40 Mh. Kranken- und Invalidenbeitrag ab, so daß wir ungefähr 220 Mh. ausgezahlt bekommen. Mit diesem geringen Lohne müssen wir nun die ganze Woche haushalten. Die Arbeiter in anderen Berufen verdienen dagegen 300—400 Mh. pro Woche. Also zum Teil ziemlich noch einmal so viel als wir. Wenn man nun sagt, das seien Spezialarbeiter, so behaupte ich, daß sich darunter ein großer Teil angelernter Arbeiter befindet, die einigermäßen geschult sind. Man wird mir auch entgegenhalten, daß diesen Lohn nicht alle beziehen. Gewiß, das gebe ich ohne weiteres zu. Aber sollen wir Buchdrucker uns denn immer mit dem niedrigsten Lohne begnügen? Was wird von uns nicht alles verlangt? Ein Buchdrucker muß Hand und Kopf anstrengen, um immer allen Anforderungen zu genügen. Nach der Arbeitszeit muß er sich weiterbilden, um immer auf der Höhe zu sein. Er soll in allen möglichen und unmöglichen Sachen Weisheit wahren, Fachzeitschriften halten usw. Und dieses alles für diesen geringen Lohn, der nicht zum Leben reicht. Als ein Ergänzen der Bezahlungsgegenstände und des Hausrats usw. ist gar nicht zu denken. Sehe ich jetzt einmal einen Buchdrucker an, wenn er wochentags zur Arbeit geht. Blau, mit fräulicher Wäsche, geblähter Kleidung und zerissenem Schuhwerk zieht er die Straße dahin. Welch ein Unterschied gegen früher! Da gehörte der Buchdrucker zu den besserbezahlten Arbeitern. Heute zucken die anderen Arbeiter über ihn die Achseln.

Wenn es immer heißt, das Gewerbe verträgt eine größere Mehrbelastung nicht, so behaupte ich, daß dieses einfach nicht wahr ist. Man braucht unsere Erzeugnisse unbedingt genau so wie alle anderen Sachen. Wenn jeder Mensch wartet täglich auf dieses oder jenes Druckerzeugnis. Darum muß unsere Parole an die Obherrschaftler lauten: „Sofortige Einberufung des Tarifausschusses zwecks Erlangung einer höheren Feuerungszulage.“ Denn auch wir haben ein Recht zum Leben, genau wie jeder andere Arbeiter! Stehen wir also fest zusammen, damit es uns endlich einmal gelingt, aus unserm Elend herauszukommen!

Chemnitz.

P. B.

## Sinaus in die Provinz!

Wie manchem Kollegen der Großstadt liegt nicht oft diese Worte gesagt worden, auch in der Provinz sind gute Stellen sowohl in Entlohnung wie in Arbeitsweise, meistens sind die Prinzipale auch in vielen anderen Dingen liberaler wie bei uns in der Großstadt. Mag das auch früher ausgetreten haben, heute aber erleben wir in vielen Fällen, daß auch diese gute Seite sich in der Provinz immer mehr verschlechtert und ehemals gutgehende Geschäfte auf Minimumabnahme, vielleicht ein paar Pfennige darüber, leben; obwohl, und das ist der Zweck meiner kurzen Ausführungen darauf hinzuweisen, gerade die Lohnverhältnisse in der Provinz, speziell in ganz kleinen Orten gegenüber anderen Arbeiterkategorien, blumelnd sind. Auch im früher gelegenen genannten Schleswig-Holstein sind es aus allen Ecken, Schell, der Bauer, Böcker, Schlachter, Schuster und Schneider: „Welch, belah! Welch! Welch! Welch! Welch!“ Aber woher nehmen und nicht kleben! Die Not der Gehilfenchaft ist mit vielem Zahlenmaterial schon oft und jetzt wieder besonders im „Storr.“ dargelegt worden, weshalb ich auf diese Beweisaufzählung verzichten will, aber auf ein andres will ich noch hinweisen, wie schwer es dadurch wird, Arbeitslose in der Provinz unterzubringen, obwohl es gewiß noch vielfach möglich wäre.

Wie mancher Großstadtkollege hat sich jetzt überzeugen können durch Annahme einer Konstellation in der Provinz, wie schwer das Auskommen in kleinen Orten ist, und mancher hat, trotzdem die Kunst hätte länger dauern können, wegen dieser schlechten Existenzverhältnisse den Staub von den Füßen geschüttelt und — hat umgetafelt zu einem andern Beruf. Auch viele der bei den betreffenden Funktionen von den ortsanfässigen Kollegen eingegangene Briefe aus der Provinz besagen, daß, wenn es nicht immer zu schwer wäre in der jetzigen Zeit in

andern Berufen unterzukommen, noch ein großer Teil von diesen Kollegen der kleinen Orte in anderen Gewerben unterzukommen würden, da der Beruf als Buchdrucker eine ausnehmliche Existenz nicht mehr bietet.

Deshalb erwarten die Provinzkollegen die baldige Einberufung des Tarifausschusses betreffs Erhöhung der Feuerungszulage und wünschen, auch ganz besonders bei Festsetzung der Lohnzuschläge, bessere Berücksichtigung ihrer schlechten Lage. Hoffen wir, daß wenigstens diesmal ein besserer Ausgang stattfindet im Interesse der Provinzkollegen und damit zugleich auch der in der Provinz geschätzten Arbeitslosen!

Stiel.

R. Wieland.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Danzig. Über die näheren Umstände des inzwischen beigelegten Konflikts zwischen der hiesigen Gehilfenchaft und der Prinzipalität sei zur Ergänzung der bisher im „Storr.“ gebrachten Mitteilungen noch folgendes angeführt: Schon seit Mai v. J. waren die hiesigen Prinzipale aus der deutschen Tarifgemeinschaft ausgetreten, weil sie, da Danzig laut Friedensvertrag nicht mehr zu Deutschland gehörte, glaubten, auch die tariflichen Beschlüsse nicht mehr zu befolgen zu müssen. Sie wollten vielmehr eine eigene Vertragsgemeinschaft bilden, wobei sie natürlich billiger Vergütungen gedachten. Die hiesigen Kollegen standen indes nach wie vor auf dem Boden der Tarifgemeinschaft und gaben dieses wiederholt den Prinzipalen zu verstehen. Auch verbotenen sie, die Prinzipale vor dem Austritt zu warnen resp. zur Rückkehr zur Tarifgemeinschaft zu bewegen. Dieses war jedoch verlorene Liebesmüh. Auch verlangten die Gehilfen Vorschläge zu der von den Prinzipalen geplanten neuen Arbeitsgemeinschaft. Monat auf Monat verstrich jedoch, ohne daß irgendeine Antwort einging. Da in Danzig seit der Besetzung durch die Engländer und Franzosen, infolge des starken Fremdenverkehrs und der engen Grenzabschließung eine enorme Preissteigerung auf dem ganzen Wirtschaftsmarkt einsetzte und nach dem Abzuge der Besatzung auch weiter anhielt, sah sich die Gehilfenchaft gezwungen, nochmals, und zwar etwas energischer, an die Prinzipale heranzutreten und darauf hinzuwirken, daß der bisher bestehende Zustand unumgänglich redere. Auch eine Kommission wurde gewählt, die mit den Prinzipalen verhandeln und somit eine friedliche Verständigung versuchen sollte. Um die schwierige Wirtschaftslage der Gehilfen etwas aufzubessern, wurden auch Forderungen auf Erhöhung der Feuerungszulage gestellt. Rundweg wurde diese Zulage von den Prinzipalen abgelehnt, was sie uns durch einen von ihnen gelassenen Bescheid, den sie uns in letzter Stunde überreichten, kundgaben. Ein Antrag der Prinzipale auf Zahlung von nur einer Kinderzulage wurde von der Mitgliederchaft abgelehnt. Dieses Angebot war eine Brückensicherung der Kollegenchaft und eine Verkenntung ihrer Forderung. In einer vorbereiteten Mitgliederparlamentung wurde dazu Stellung genommen und in gebührender Abstimmung wurde mit einer Vierfünftelmehrheit der Streik beschlossen. Ein anderer Weg war für uns zunächst nicht möglich, da der Austritt der Prinzipale aus der Tarifgemeinschaft uns den Weg zu den tariflichen Schlichtungsinstanzen versperrt hätte. Nach mehrwöchiger Dauer des Streiks, während dessen unter dem Titel „Nachrichtenblatt“ eine gemeinnützige Ausgabe der „Danziger Allgemeinen Zeitung“, der „Danziger Neuesten Nachrichten“, des „Danziger Volksblatts“ und der „Joppoter Zeitung“ erschien, beschloß die hiesige Schlichtungsausschuss in seiner Sitzung am 6. Januar mit dem Streik im Danziger Buchdruckergewerbe. Nach eingehenden Verhandlungen einigten sich beide Parteien dahin, die tariflichen Differenzpunkte vor dem Tarifausschuss der Deutschen Buchdrucker zum Austrage zu bringen, das sich auf telegraphische Anfrage dazu bereit erklärte. Bereits am 8. Januar wurde vom Tarifausschuss eine Sitzung in Berlin anberaumt, an der von jeder Seite drei Vertreter teilnahmen. Die Forderungen der Gehilfen lauteten: 1. Restlose Wiedereinstellung der Streikenden und die durch den Streik in Mitleidenschaft gezogenen Mitarbeiter; 2. Das Arbeitsverhältnis gilt durch den Streik als nicht unterbrochen; 3. Anerkennung des ab 1. Januar 1921 gültigen Deutschen Buchdruckerartikels in seinem ganzen Umfang; 4. Bewilligung einer außerordentlichen Feuerungszulage von 40 Mh. pro Woche für alle Gehilfen. Diese Feuerungszulage ist auf den bis zum Ausbruch des Streiks bezogenen Wochenlohn zu zahlen; 5. Verzinsung der Streitgelder. Nach fünfständiger Verhandlung einigten sich die Parteien auf folgende Grundzüge: 1. Die Wiedereinstellung der Streikenden an ihre bisherigen Arbeitsplätze wird zugesichert. Maßregelungen haben von beiden Parteien zu unterbleiben. 2. Obwohl das Arbeitsverhältnis durch den Vertragsbruch als unterbrochen anzusehen ist, sollen sich bei der nun erfolgenden Wiedereinstellung der Besamtegehilfenchaft trotzdem nachteilige Folgen in bezug auf Lohnhöhe, Ferien u. dergl. nicht ergeben. 3. Durch die Abtrennung Danzigs vom Reich haben sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse derartlich verwickelt, daß die Gründung einer besonderen Danziger Vertragsgemeinschaft für Buchdrucker erforderlich ist, deren Beschlüsse durch das deutliche Tarifausschuss zu bekräftigen sind und die damit Bestandteil des Deutschen Buchdruckerartikels für Danzig werden. Die Kommission zur Beratung und Festlegung dieser Arbeitsgemeinschaft soll innerhalb vier Wochen zusammentreten. Erfolgt keine Einigung, dann ist die Sache dem Tarifausschuss zur Entscheidung zu unterbreiten. 4. Ab 1. Januar 1921 ist an besonderer wöchentlich Feuerungszulage zu zahlen: a) den ledigen Gehilfen in den Altersklassen A—C 7,50 Mh.; b) den verheirateten Gehilfen 15 Mh.; c) den verheirateten

ledigen Gehilfen mit Kindern bis zum vollendeten 14. Jahre 20 Mh. In Streitfällen gilt die Stimmführung des Deutschen Buchdruckerartikels. Diese neue Feuerungszulage kann bei Festlegung weiterer Feuerungszulagen in Anrechnung gebracht werden. 5. Streikgelder werden nicht bezahlt. 6. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt sofort. 7. Auch nicht alles erreicht worden, was die Gehilfen forderten, so können sie mit diesem Ausgang doch zufrieden sein, vor allem deswegen, weil die Prinzipale wieder Mitglieder der deutschen Tarifgemeinschaft werden; dies ist für uns ein wesentlicher Vorteil. Am 10. Januar wurde die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen. Der Streik hat mithin zehn Tage gedauert. Hervorgehoben muß werden, daß die Einigkeit der Kollegen den Widerstand der Prinzipale gebrochen hat. In dem Streik beteiligten sich außer den Verbandsmittgliedern auch die Güterbergbauern und die Nichtorganisierten.

Eberswalde. Am 5. Dezember fand hier eine Vertrauensmännerversammlung des Bezirks statt. Vertreten waren die Orte Uckermark, Bernau, Eberswalde, Freienwalde, Prenzlau und Schwedt. Kollege Riesebeck (Neu-Kölln), Vorsitzender im Verbandsvorstand, erstattete eingehenden Bericht über die Tarifverhandlungen und entlegte sich in geschickter und klarverständlicher Weise seiner Aufgabe. Kollege Rudolph erstattete Bericht über die Bezirksvorkehrungskonferenz in Stettin. Die Neueinstellung der Gawe, wie sie vom Verbandsvorstand vorgeschlagen wurde, und nach der dann noch etwa 1600 Mitglieder für den Obergau verbleiben, wurde einstimmig abgelehnt. Es wurde beim Verbandsvorstand beantragt, die Einteilung nach den neu zu errichtenden Berufsgruppenentscheidungen vorzunehmen. Der Vorschlag des Gauvorstandes, den Posten des Gauvorsitzers ehrenamtlich zu belegen, wurde ebenfalls abgelehnt. Gerade in unserm Gau tut ein behelfender Gauvorsitzender not, der immer, wo und zu welcher Zeit es auch sein mag, die Interessen der Gehilfen mit Nachdruck vertritt und die Agitation im Gau fördert; des weiteren wurde beantragt, die Besetzung des Gauvorsitzers von Verbands wegen zu regeln. Das Verhalten des Prinzipalsvorsitzers Fildner in Stettin wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Fast aus allen Orten kamen Beschränkungen über eigenmächtiges Schließen des betreffenden Herrn bei Verhandlungen über Gewährung höherer Feuerungszulagen oder Wirtschaftsbeteiligungen. Die Bezirksvorkehrungskonferenz erwartet, daß derartige Eingriffe in Zukunft unterbleiben. Bei dem Punkte „Lehrlingsabteilung“ entspann sich noch eine längere Debatte. Die meisten Vertreter sprachen sich dahin aus, daß die Bezirks- oder Ortslehrlingsabteilungen finanziell und materiell vom Gau- und Verbandsvorstand nicht genügend oder gar nicht unterstützt werden. Meistens sind sie auf sich allein angewiesen. Die eingehenden Mittel an Beiträgen reichen bei weitem nicht aus, die laufenden Ausgaben zu decken. In Bernau a. H. etc. erklärten sich die Prinzipale zur Unterstützung bezahlter Lehrlinge der drei Klassen (Lehrbücher, etc.) Material kostenlos zur Verfügung, was allseitig anerkannt und mit Freuden begrüßt wurde. Kollege Riesebeck gab seiner Freude Ausdruck über die rege Mitarbeit der Kollegen und empfahl Ruhe, Besonnenheit und Ausdauer zum Besten der Lehrlinge zu behalten.

Frankfurt a. M. (Schriftleiter.) In der Vertrauensmännerversammlung am 8. Dezember erstattete Kollege Vogel ausführlichen Bericht über die Verhandlungen betreffs Neuregelung der Feuerungszulage in Berlin, welche diesmal die Akkordarbeiter ins Vorderfeld brachte. Fast alle Diskussionsredner waren für die Annahme der Sätze, außer den Hilfsarbeitern, die betonen, daß man sie bei den nächsten Verhandlungen besser berücksichtigen möge, denn mit dem jetzigen Lohne könnten sie bei der jetzigen Feuerung nicht auskommen. Die Abstimmung ergab Annahme der Sätze gegen zwei Stimmen. Namens der Verammlung dankte Kollege Diegel dem Kollegen Vogel für die Berichterstattung.

Güth. Unsere ordentliche Generalversammlung am 17. Dezember kann als gutschicklich bezeichnet werden. Einigen Neuaufnahmen wurde zugestimmt. Der Vorstands- und Kassenbericht war bald erledigt und wurde von der Verammlung gutgeheißen. In der Vorstandswahl ergaben sich einige Änderungen. Nachdem unser Vorsitzender, Kollege Wehner, eine Wiederwahl entschieden abgelehnt hatte, wurde Kollege Fink als erster Vorsitzender gewählt. Ebenso wurde der Schriftführerposten neu besetzt. Beschlossen wurde noch, jedem arbeitslosen Kollegen am Ort eine Weihnachtsgeldunterstützung von 20 Mh. zu gewähren.

Stiel. Unser Ortsverein hielt am 5. Januar seine Generalversammlung ab. Vorsitzender Oblich begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen und gedachte in erheben Worten des in den letzten Tagen verstorbenen Führers des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Karl Legien. Sein Andenken wurde durch Erheben von den Häuten geehrt. Sodann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Neben dem Ortsverein besteht zur beruflichen Fortbildung die Graphische Vereinigung, angehängt dem Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker. Die Abungsabende finden an jedem Freitag in einem Klassenzimmer der neuen Volkshalle statt. Hieran schloß sich der Kassenbericht. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurden u. a. gewählt die Kollegen Kautzky als erster Vorsitzender und Oblich als Kassierer. Das Stimmrecht soll in Form eines Familienabends nur im Mitgliederkreise geltend werden. Den Schluß der Verammlung bildeten interne Angelegenheiten. Zur Kenntnis kam noch eine Einladung des Habelschwerder Ortsvereins zur Ausstellung „Deutschlands Zeitungen“ am 6. und 7. Februar im Hotel „Drei Karpen“. Der hiesige Ortsverein wird sich geschlossen daran beteiligen.



**Selbbrunn.** (Maschinenmeiler. — Halbjahrsbericht.) In der Versammlung am 9. August, die als außerordentliche anzusehen war (die eigentliche konnte wegen schlechten Wetters nicht abgehalten werden), wurde der Beitrag auf wöchentlich 20 Pf. erhöht. Eine Anfrage, wie weit der Zusammenbruch des bei der Typographischen Vereinigung gediehen sei, wurde dahingehend beantwortet, daß es spezielle technische Gründe sind, die uns immer wieder abhalten von dem Zusammenbruch nehmen lassen. Der Verfallung ging eine Besichtigung der neuangekauften Verordnungsrollen bei der Firma Otto Weber voraus. — Am 18. Oktober hörten wir einen Vortrag über „Schmäh“, der uns von der Zentralkommission überlassen war, und befaßte uns mit dem Winterprogramm, das sehr reichhaltig ist. — Die wichtigste Versammlung war die vom 13. Dezember, welche sich mit den neuen Bruderbestimmungen befaßte. Der durchschnittliche Versammlungsbesuch war ein guter zu nennen.

**Hof.** (Vierteljahrsbericht.) Schlechter Besuch ist die Signatur unserer Ortsvereinsversammlungen. Was es in der ersten Zeit nach dem Kriege für den Vorstehenden eine Freude, die geliebtesten Versammlungen zu leiten, so ist hierin längst eine Wandlung zum Gegenteil eingetreten. Bei Durchsicht der Anwesenheitsliste findet man immer dieselben Kollegen in den Versammlungen anwesend. Die Oktoberversammlung beschloß u. a.: Durchreisenden Kollegen, die gezwungen sind, zu übernachten, zum Wialthum noch freies Nachtquartier im „Deutschen Hause“ zu gewähren. Nichtübernachtende Kollegen erhalten den doppelten Beitrag als Wialthum. Die Beihilfsorganisation ist auch hier unter Dach gebracht. Bei den seit längerer Zeit eingeführten Beihilfsabenden zeigten die anwesenden Jünger Gutenberg's regstes Interesse. Die Überlastung eines Schulzimmers seitens des Stadtrats wird angelehrt. — Unsere letzte Versammlung befaßte sich in der Hauptsache mit dem Ergebnis der letzten Tarifverhandlungen. Dem Aufrufe des Tarifamts im „Vor.“ Nr. 134 wird von Seiten des Ortsvereins entsprochen, doch versprach sich die Versammlung unter Berücksichtigung der bliesigen Verhältnisse keinen Erfolg. Als Weihnachtsgabe für die Arbeitslosen wurde ein größerer Geldbetrag aus der Ortskasse bereitgestellt, bei welcher Gelegenheit man auch von der Gutsfreudigkeit der arbeitenden Kollegen eine leichtere Durchführung dieses Beschlusses erhofft. Mehr Interesse der Arbeitslosen am Ortsvereinsleben wäre erwünscht. Die Streichung einer Firma aus dem Tarifverzeichnis wurde als zu Recht erachtet, obwohl sich diese als unerschütterliches Opfer zeigen möchte. Als Kuriosum ist zu notieren, daß zwei Kollegen wegen letztmaliger Erhöhung des Verbandsbeitrags sich veranlaßt fühlten, ihren Austritt zu vollziehen. Auch ein Zeichen dafür, wie von mancher Seite der Begriff Kollegialität bedeutet wird, wenn man bedenkt, zu welchem Zwecke die genannte Maßnahme getroffen wurde.

**Neudamm.** (Vierteljahrsbericht.) In der nur schwach besuchten Oktoberversammlung wurden die mit der Leitung der neugegründeten Beihilfsorganisation betrauten Kollegen gewählt. Der Stassenbericht mußte in Folge der verspäteten Eingänge aus dem Bezirke für die nächste Versammlung zurückgestellt werden. Alsdann wurde von dem Kartellbelegierten noch der Bericht über die letzte Kartellführung gegeben. — In der Novemberversammlung gab der Kassierer den Kassensbericht für die Bezirks- und Ortsvereinskasse für September. Auf die Veränderung im Gauvorstande kam der Vorsitzende kurz zu sprechen. Desgleichen auf die neue Gauenteilung nach Vorschlag des Verbandsvorstandes. Es fand dieser Vorschlag aber nicht die Zustimmung der Versammlung. Von einer Besprechung des neuen Tarifs wurde Abstand genommen, da noch eine Versammlung vor der Kartellführung geplant war. Aus dem Kartellberichte war das über die Betriebsräteorganisationen Gelegte sowie die Neuebelegung des Arbeitersekretariats besonders erwähnenswert. — In der Dezemberversammlung gab Kollege Weismüller den Kassensbericht für Oktober. Alsdann gab Vorsteher Lauer einen Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr. Anschließend erstattete er gleich Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz. Beim Punkte Vorstandswahl wurden an Stelle der ihre Posten niederlegenden Kollegen Lauer und Weismüller die Kollegen Reinhard als Vorsteher und Winkler als Kassierer gewählt. Die übrigen Posten blieben in den alten Händen. Uns am 29. Januar abzuhaltende Stiftungsfest wird hoffentlich ein reiches Buchdruckererogation werden und damit auch wieder zu recht gutem Besuche der Versammlungen (wie wir es von früher gewohnt sind) beitragen. Zuletzt wurde noch beschlossen, durchreisenden Kollegen in der Herberge freies Nachtquartier und Kaffee zu gewähren.

**Potsdam.** (Halbjahrsbericht.) Das Vereinsleben des Ortsvereins hielt sich im Laufe des halben Jahres in ruhigen Bahnen. Der Besuch der Versammlungen ließ zeltweise viel zu wünschen übrig. Selbst die Bezirksversammlung in Potsdam, in welcher Kollege Welsenberg den Bericht über die Nürnberg Generalversammlung gab, sowie der Gauauftrag wurden von den Potsdamer Kollegen in nicht wiederzugebender Weise gemieden. Im August und September konnten die Kollegen Manus, Zellmer, Feder, Gaudiner auf ihre 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Es wurde selbigen sowie auch den vorhergehenden Jubilaren nachträglich die Verbandsgebühren als Geschenk überwiesen. — Am 30. September wurde eine Beihilfsversammlung einberufen, zu welcher auch die Angehörigen unseres Nachwuchses eingeladen waren. Kollege Welsenberg hielt einen Vortrag über Zweck und Ziel der am 1. Oktober in Kraft tretenden Beihilfsorganisation. Alle Beihilfsmitglieder der Organisation bei. Zum Vorstehenden wurde Kollege Konrad bestimmt. Am 1. Oktober konnte der Korrektor

Otto Runge sein 50jähriges Geschäftsjubiläum in der „Potsdamer Tageszeitung“ in geistiger und körperlicher Frische begehen und gleichzeitig auch sein 50jähriges Berufs-jubiläum feiern. Für die arbeitslosen Kollegen am Orte wurde bis auf weiteres ein Ertragsbeitrag von 3 Mk. erhoben. Da sich inzwischen der Arbeitslosenstand stark vermindert hat, wurde der Verbandsbeitrag auf 6 Mk. pro Woche ermäßigt. Für die kranken und invaliden Kollegen wird eine Ertraunterstützung sowie auch Weihnachtunterstützung gewährt. — Am 11. Dezember fand die ordentliche Generalversammlung statt, der eine allgemeine Buchdruckerversammlung vorausging, in welcher Neuwahlen zum Kartellbelegierten vorgenommen wurden. Die Generalversammlung beschäftigte sich u. a. mit den Neuwahlen zum Vorstande. Trotzdem der alte Vorstand seine Ämter niederlegte, kam die Versammlung zu dem Ergebnisse, den alten Vorstand bis auf einige Änderungen weiterzuwählen. Als Kassierer trat U. Schulz neu ein.

**Reichenbach l. Schl.-Cannengietau.** Am 12. Dezember fand in Reichenbach eine Beihilfsorganisation statt, in welcher der Bezirksvorsteher Köchel, der am Abend zuvor schon in einer Mitgliederversammlung über das Ergebnis der Tarifverhandlungen referiert hatte, einen Vortrag über den Zweck der Beihilfsorganisation hielt.

**m. Tiff.** (Vierteljahrsbericht.) Die Versammlung am 9. November beschäftigte sich mit der offiziell bekanntgewordenen Steuererhöhung. — In der Generalversammlung am 9. Dezember wurde der alte Vorstand (Vorsteher M. Säge, Kassierer Fr. Wrigel) wiedergewählt. Alsdann erstattete der Vorstehende Bericht über die inzwischen abgehaltene Ortsvorsteherkonferenz, die die Kündigung der unzureichenden Steuererhöhung beschlossen hat. Hinsichtlich der Abstimmung wurde Annahme des Tarifs empfohlen. Von in der Weihnachtswoche kranken und arbeitslosen Kollegen sowie den Invaliden wurde eine Ertraunterstützung bewilligt. Der Vorstand beschäftigte sich weiterhin mit der neuen Bezirksenteilung und den sich daraus ergebenden Maßnahmen.

## □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Nachahmenswerte Beiliste.** In Welschheim (Baden) gab die Buchdruckerzeitung „Bauänderer Boten“ (Inhaber Joseph Vöhl) dem gesamten Personal einen besonderen Wochentag als Weihnachtsgabe. — In Bonn bewilligte auf Antrag der Beihilfskassen der Buchdruckerzeitung die dortigen arbeitslosen Gehilfen folgende Beiträge: Verbeiratete 500 Mk., Ledige 300—350 Mk., je nach Bedürftigkeit. Ferner gewährten den Personal den Buchdrucker Leopold eine Weihnachtsgabe von 250 Mk., Emil Eisele 100 Mk., Wehring 30 Mk., Hilfsarbeiter 50 Mk. und Heidemann 50 Mk. — In Müns bewilligte die Buchdruckerzeitung G. Pannen („Der Gralshälter“) dem Personal eine Weihnachtsgabe, und zwar den Verbeirateten 150, den Ledigen 100 und den Lehrlingen 75 Mk., die Buchdrucker der „Niederrheinischen Nachrichten“ den Verbeirateten 100 Mk. und 50 Mk. für deren Frauen und 30 Mk. für jedes Kind, den Ledigen 100 Mk. — In Schwarzenberg l. Sa. gewährte die Firma Karl Wohlel dem gesamten Personal ihrer Hausdrucker ein Weihnachtsgeld von 150 Mk. für Verbeiratete und 75 Mk. für Ledige; außerdem zahlte die Firma seit dem Bestehen der Hausdrucker 10 Proz. über Tarif.

**Offene Stelle für befähigte Gewerkschafter.** Das Gewerkschaftskartell Zeh (Pruvins Sachsen) sucht für sofort einen tüchtigen Betriebsrätelehrer. Bewerbungen sind bis 25. Januar an Paul Müller in Zeh (Pruvins Sachsen), Donaliesstraße 12/13 (Metallarbeiterbureau), zu richten.

**Die Volksgemeinschaft deutscher Wissenschaft.** Aber die Gründung, Zulammenlegung und die Aufgaben der Volksgemeinschaft deutscher Wissenschaft, von der auch in unserm Organ schon mehrmals die Rede war, verberleitet deren Präsident in den letzten Tagen folgenden Aufruf: „Die Volksgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ist am 30. Oktober 1910 als die Vereinigung aller großen wissenschaftlichen Körperchaften Deutschlands ins Leben getreten. Am 23. November hat eine im großen Sitzungssaale des Reichstages veranstaltete Kundgebung hervorragender Forscher die unermeßlichen Folgen dargelegt, die der Zusammenbruch unserer Forschung für Kultur, Wirtschaft und Volksgesundheit nach sich ziehen muß. Am 14. Dezember ist auch der Stillstand der Volksgemeinschaft begründet worden, der mit der Volksgemeinschaft gemeinsam über die von privater Seite eingehenden Sammlungen zu verfügen berufen ist. Damit ist die Organisation nach allen Richtungen abgeschlossen. Sie durch die Schaffung der Volksgemeinschaft vorgegebenen 21 Fachauschüsse sind bis auf wenige ernannt und bereits am Werk, auf den einzelnen Wissensgebieten Richtlinien und Verteilungspläne auszustellen. Einstweilen führen diese Arbeiten aber nur in der Not hinein und entfallen — wie die Fülle der Gesuche — die traurige Tatsache, daß, wenn nicht baldige Hilfe kommt, die notwendigsten Fortschritte ihr Erreichen einstellen müssen, die wichtigsten Fortschritte nicht fortgesetzt werden können, neue Vorlesungen unerschäftigt eingedrängt werden, Bibliotheken und Forschungsinstitute trotz aller Bemühungen der Einzelstaaten aus Mangel an Literatur, Instrumenten, Rohstoffen und Stieren dem wissenschaftlichen Fortschritt zu dienen nicht mehr in der Lage sind. Hunderte von Millionen sind erforderlich, soll dem Unheil auch nur in beschränktem Maße gesteuert werden. So ist zu erwarten, daß sich sehr viele in allen Volksschichten die helfenden Hände regen und Opfer bringen, ehe

es zu spät ist. Vor allem ist zu hoffen, daß Industrie, Banken, Großhandel, Landwirtschaft und die andern in dem Aufrufe der Spitzenverbände zusammengesetzten Berufsstände mit groben Mitteln eingreifen. Unterstützung durch Ueberlegung von Rohstoffen und andern Hilfsmitteln der Forschung ist nicht ausgeschlossen. Sowie für die Ueberüberwindung nicht andre Stellen bezogen werden, seien sie an das Reich, Volksgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Staatsminister Dr. F. Schmidt-Ott“ bei der Diskontoforschung oder einer der andern Berliner Großbanken erbeten. Möge jeder daran denken, wach ungebauer Verlust uns droht!“

**Wachsende Erwerbslosigkeit.** Wie das Reichsarbeitsministerium durch das Wollische Telegraphenbureau der Tagespresse mitteilen läßt, ist die Zahl der Erwerbslosen in der Zeit vom 1. bis zum 15. Dezember erneut, und zwar nicht unerheblich gestiegen. Es betrug am 15. Dezember die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Reich 365307, gegen 350368 am 1. Dezember, die Zahl der unterstützten Familienangehörigen 380384 gegen 352252. Ist auch bei diesen Ziffern der Einfluß der Jahreszeit nicht zu verkennen, so würden doch in erster Linie der verhärtete Mangel und die doch immer bestehenden Abhängigkeiten für die Zunahme der Erwerbslosigkeit verantwortlich zu machen sein. Wenn man dazu berücksichtigt, daß während des Jahres 1920 über 2000 Anträge auf Förderung aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge endgültig genehmigt worden sind, wodurch rund 85000 Erwerbslose Beschäftigung gefunden haben, so kann man sich ein ungefähres Bild davon machen, wie es in Deutschland aussehcn würde, wenn nicht ständig Reich, Länder und Gemeinden mit ungeheuren Opfern zur Behebung der Erwerbslosigkeit eingriffen. Gegenüber der letzteren Darstellung sind wir der Meinung, daß die ungeheuren Opfer zur Behebung der Erwerbslosigkeit, soweit sie nicht als produktive Arbeitsfürsorge in Frage kommen, nur dazu beitragen, die Finanznot des Reiches und damit die Not der ganzen Volkswirtschaft nur noch zu vertiefen. Wenn die ganze Unterstützung für erwerbslose Arbeitskräfte bedeutet doch nur eine Belastung der tatsächlichen Beschäftigten, die mit an und für sich durch das wirtschaftliche Elend schon erheblich geschwächten Kräfte durch ihre Arbeitsleistung auch noch die Mittel zur Unterhaltung der Erwerbslosen aufbringen müssen. Es wäre daher endlich an der Zeit, mit dieser sinnlosen Wirtschaftswelle endgültig zu brechen, und jeden Erwerbslosen nach Beruf oder Arbeitsfähigkeit in die Reihen der Erwerbsfähigen einzureihen, und zwar unter entsprechender einseitiger Verhinderung der Arbeitszeit bei voller Lohnzahlung. Denn die öffentlichen wie privaten oder beruflichen Opfer, die die Erwerbslosigkeit erfordert, müssen doch so oder so aufgebracht werden, wenn die davon Betroffenen nicht einfach elend zugrunde gehen sollen. In enger Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Organisationen; die heute in Deutschland fast alle Berufs- oder mentalen Arbeitskräfte umfassen, wäre die organisatorische Lösung dieser Frage bei ehrlichem Willen aller maßgebenden Körperchaften durchaus möglich. In der dem deutlichen Buchdruckerwerk schon vor bald zwei Jahren gewidmeten Schrift über das „Problem einer neuen Berufsverfassung“ sind die entsprechenden organisatorischen wie wirtschaftlichen Maßnahmen in verständlicher Weise niedergelegt. Es handelt sich nur darum, das endlich mit dem ewigen Theoretisieren auf volkswirtschaftlichem Gebiete Schluss gemacht und zur praktischen Selbsthilfe in dem gedachten Sinn in jeder Industrie und jedem Gewerbe geschrieben werden. Alles nur vom Staat erwarten, ist hofflose Hilflosigkeit und Vogeltraumpolitik schlimmster Art.

**Bankrott der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung nach dem Urteil eines Generalsekretärs der Unternehmer.** Der frühere Generalsekretär des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln, Paul Geller, legt in der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 14) über „Unmöglichkeiten im Wirtschaftsleben“ das Geständnis ab, daß die bisherige freie Wirtschaftsbelegung nach seiner Ansicht kläglich verlaßt hat. Er richtet an das Unternehmerum in der ganzen Linie die Aufforderung, „sich in solchen Gewinnansprüchen den traurigen Zeitverhältnissen anzupassen“. Er mahnt sie, Gewinn und Preise so herabzusetzen, daß der Verbraucher, der über nicht viel mehr als seine Arbeitskraft verfügt, nicht ganz an die Wand gedrückt wird. Der deutliche Unternehmer müsse sich keines früheren „hohen Zinses“ würdig zeigen! Früher hätten bei der Preisbildung bei gewissen Unternehmungen — Steller nennt Strupp und Siemens — nicht nur preiswirtschaftliche, sondern auch volkswirtschaftliche Gesichtspunkte eine Rolle gespielt. Mit dieser Behauptung beweist Herr Steller allerdings, daß er sich über die Antriebskräfte des Kapitalismus immer sehr fallische Vorstellungen gemacht hat; denn gerade Strupp ist wirklich niemals ein Musterbild des gemeinwirtschaftlichen Ideals gewesen. Was er aber heute sieht, macht ihn so verzweifelt, daß er der „freien Konkurrenz“ ganz entlagt und eine neue Bindung der Wirtschaft verlangt. Er fordert Zusammenbruch der Produzenten und Händler zur gemeinwirtschaftlichen Preisregulierung: „Für den von der gesamten Gesellschaft hochgeschätzten Grundbau der freien Wirtschaftsfähigkeit würde es keinen besseren Befähigungsmaßstab geben, als die Zurückführung einer billigen und gerechten Preisbemessung der Waren, durch welche den Anforderungen der Zeit und der Verhältnisse weitgehende Rechnung getragen werden könnte.“ Wenn ich daher den Gedanken einer Preisregulierung des künftigen Bedarfs in vorstehendem der öffentlichen Meinung zur Beurteilung unterbreite, habe, so geschähe dies in der bestimmten Erwartung, daß gerade das gedachte Unternehmertum durch Rat und Tat an der Erlösung einer solchen Aufgabe mitwirken würde, wenn es sich nach eingehender Prüfung von der Ausführbarkeit

des Vorklages überzeugt haben würde." Mit Recht bemerkte dazu die „Rheinische Zeitung“, daß der Stellerische Belohnungsnachweis ausbleiben wird. „Kapitalistische Interessenten als vollstättliche Preisregulatoren werden auf Paul Stellers gute Vorklages stellen oder nur auf sie eingehen, wenn sie sich dadurch den Kampf um den Profit in eine feste Profitversicherung umwandeln können. Aber eines lewelle Stellers Vorklage immerhin: daß auch die ältesten kapitalistischen Vorklader den Anstöß der freien Wirtschaft vor der Türe sehen. Und wenn kein Vorklage auch nur den Seufzer mit dem Begehren austreiben will, so erkennt man aus ihm das Grauen eines verantwortungsbewußten Mannes vor der kapitalistischen Anarchie. Daß Kannibal vor den Toren steht, der Sozialismus, der an ihre Stelle die vom Profit besetzte Bedarfswirtschaft setzen wird, davor verschließt Paul Steller keine beiden Augen, die mehr als ein Menschenalter hindurch vom Kapitalismus geblendet wurden.“

**Kapitalistische Kultur und Geisteskrankheiten.** Nach den Worten des Privatdozenten Dr. Vogt leben die Geisteskrankheiten in enger Beziehung zur Kulturstufe. Bei den niedriglebenden Kulturvölkern ist die Zahl der Geisteskrankheiten gering. Sie steigt mit der zunehmenden Kultur. Das heißt mit der zunehmenden kapitalistischen Kultur. Das zeigt sich auch innerhalb der einzelnen Länder. So ausgeprägter der Kapitalismus in einem Bezirk in die Erscheinung tritt, um so größer ist die Zahl der Geisteskrankheiten.

**Das Wohnungselend.** Nach den Mitteilungen des Reichsarbeitsblattes sind staatliche Beihilfen zur Förderung des Wohnungswesens in den Jahren 1919 und 1920 reichlich zur Verfügung gestellt worden. Vom Reiche sind bereitgestellt für Bauten aus dem Jahre 1919 850 Mill. Mk., 1920 500 Mill. Mk. Nachträglich ist auch die Verwendung der für 1920 zur Verfügung gestellten 500 Mill. Mk. zur Sanierung von Bauten aus dem Jahre 1919 zugelassen worden. Begonnen sind mit Zuschüssen und öffentlichen Mitteln im Jahre 1919 etwa 84770 Wohnungen, im Jahre 1920 ohne Preußen, für das die Angabe fehlt, 3280 Wohnungen. Da trotzdem die Wohnungsnot nach wie vor besteht, sollte das Unternehmertum, besonders der Bergbau und die andern hohen Gewinn abwerfenden Unternehmungen mehr als bisher zum Kampfe gegen das Wohnungselend herangezogen werden.

**Ausländische Kritik der deutschen Rechtsprechung.** Nach der Rechtsprechung des Reichsverwaltungsamts wird bekanntlich bei einer weniger als 10 Proz. betragenden Erwerbsfähigkeitsminderung eine Unfallrente nicht gewährt, weil eine derartige Minderung im Wirtschaftsleben als ein mehrerer Schaden nicht zum Ausdruck komme. In der „Schweizer Juristenzeitung“ wird jetzt (1920 21, Seite 73) eine Entscheidung der höchsten schweizerischen Versicherungsbehörde mitgeteilt, in der die Praxis des deutschen Reichsverwaltungsamts bekämpft wird. Es heißt dort: Die deutsche Praxis sei bedenklich, da sie zur Folge habe, daß kleine Erwerbsbehinderungen entweder mit 10 Proz., also zu hoch, oder überhaupt nicht entschädigt würden. Welche von diesen beiden radikalen Lösungen gewählt wird, hängt all vom Zufall ab. In der Regel werde man geneigt sein, den ersten Weg zu beschreiten, dadurch aber werde der Verleihe verleiht, die Erwerbsbeschränkung aufzubauen. Es sei auch nicht richtig, daß eine Erwerbsbehinderung unter 10 Proz. wirtschaftlich einflußlos sei. Bei Netto-Lohn sei sie 3. 2. offensichtlich. In Österreich würde darum die deutsche Praxis ebenfalls nachgeahmt wie in Frankreich. Das deutsche Reichsverwaltungsamt würde darum eine sozialere Rechtsprechung ausüben, wenn es keine alle Praxis fallen ließe und sich dem internationalen sozialeren Empfinden anpasse.

**Briefkasten**  
D. O. in G.: Selbstverständlich ist jede Zeitung berechtigt, Inserate wie Artikel oder sonstige Einwendungen, für deren Aufnahme keine direkte vertragliche Verpflichtung oder gesetzlich wie Aufnahmepflicht besteht, abzuschneiden. G. W. in G. und St. P. in M.: ist aufzukommen. - G. S. in Hof: Die Unterdrückung des Verichts war erst in dieser Nummer möglich.

**Verbandsnachrichten**  
Verbandsdirektor: Berlin SW 29, Chausseuplatz 511.  
Fernsprecher: Amt SW 29, Nr. 1191.

Gau An der Saale. Die letzte Bezirksversammlung des Bezirkes Sangerhausen befohl die Verlegung des Bezirksvorstands nach Nordhausen. Der Gauvorstand ist diesem Beschlusse beigetreten. Der ehemalige Bezirksvorstand ist demzufolge ab 1. Januar d. J. in den Bezirk Nordhausen umgewandelt. Bezirksvorsitzender ist Kollege Fritz Seil, Nordhausen, Freiheitstraße 11.

**Adressenveränderungen**  
Altenstein 1. Ollp. Vorhänger: Erich Jillich, Kaiserstraße 23 111, bei Alt.; Kaffierer: Fritz Preuß, Marktstraße 7 111; Reisebüroverwalter: Fritz Preuß, Marktstraße 7 111; Bielefeld. (Bezirk und Ort.) Vorhänger: Wilhelm Benjer Bielefeld, Mühlentstraße 85.  
Bühl. Vorhänger: Karl Friedlöh, Mühlentstraße 22.  
Bielefeld. (Vorderstadt.) (Bezirk.) Vorhänger: Paul Boada, El. Georgen (Waldstraße u. A.), (Ort.) Vorhänger: Martin Baud, Schuttenstraße 61. (Bezirk und Ort.) Kaffierer: Hans W. Delschäuler, Mühlentstraße 102 11.  
Glinthof. (Bezirk.) Vorhänger: Georg Schulze, Gröblicher Weg 15; Kaffierer: Max Heine, Mühlentstraße 1.  
Gardelobben. Vorhänger: Otto Ollschlegel, Langförderweg 4 11.  
Göddap. Vorhänger: Franz Sennig, Blumenstraße 327 c; Kaffierer: Otto Borow, Grenzstraße 4 11.  
Magdeburg. (Machmannmeisterverein.) Vorhänger: S. Kreubig, Nachstraße 95.  
Zab Dönhafen. Vorhänger: Wilhelm Zante, Melbergen 191; Kaffierer: Maxrad Gullensch, Melbergen 164.  
Saarbrücken. (Bezirk.) Vorhänger: Anselm Strick, Saarbrücken 3, Ungelstraße 50 11.  
Striegau. (Bezirk.) Vorhänger: Richard Menzel, Promenade 3; Kaffierer: Ernst Dreher, Schweidnitzer Straße 7 11.

**Zur Aufnahme gemeldet**  
(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):  
Im Gau Mittelrhein die Eheg. l. R. Bellinger, geb. in Bielefeld 1890, ausgl. dal. 1909; 2. Johann Franz, geb. in Bielefeld 1892, ausgl. dal. 1912; 3. Hermann Müller, geb. in Bielefeld 1893, ausgl. dal. 1919; 4. der Bruder Otto Märker, geb. in Fambach bei Bielefeld 1893, ausgl. in Bielefeld 1917; waren noch nicht Mitglieder; 5. der Schweizerdegen Fritz Herbold, geb. in Niederhauhen (1. elfen) 1886, ausgl. in Bielefeld am 1. Januar 1920; war Lyon Mitglied. - Fritzrich Conradi in Mannheim, U 2, 9.

**Verammlungskalender**  
Mischerleben. Generalversammlung Sonnabend, den 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Kaiserhof“.  
Bausen. Jahreshauptversammlung Sonnabend, den 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Spensches Einkehrhaus“.  
Berlin. Korrespondenten-Jahreshauptversammlung Sonntag, den 23. Januar, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alieandrinienstraße 44.  
Dortmund. Maschinenlehre-Bezirksgeneralversammlung Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Freiburg“ in Dortmund, Höhe Straße 26.  
Offenbach. M. Maschinenlehre-Bezirksgeneralversammlung am Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Erbacher Hof“, Herrn- und Domstraße 4.

**Geog**

**Teilschuldverschreibungen**  
der Großhaukaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. S., Hamburg  
Jederzeit erhältlich in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10000 Mk.  
Zerlegung im Jahre  
**5 1/2 Prozent**  
Gedruckte Bedingungen sind in allen Konsumvereinen zu haben oder abzufragen bei der  
Großhaukaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. S., Hamburg 1, Befenbinderhof 52.

**Typographiker**  
für einige Monate zur Abhilfe, von Anfang Februar ab, gesucht.  
Schwefel & Nitz, Celle.

**Süchtiger Schweizerdegen**  
selbständiger, sauberer Arbeiter im Satz und Druck, für kleine Bucherei in Solingen sofort gesucht. Gehälter muss Prinzipal vertreten können. Maßgebender und mit Lehrberechtigung bevorzugt. Ausführliche Angebote mit Gehaltsforderung unter Nr. 155 an die Geschäftsstelle dieses Blattes eröfen.

**Schriffseher**  
(Schweizerdegen) sucht für sofort oder später Stellung. Wo in egal! Bedingt Werte Angebote eröfen unter P. F. 139 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Maschinenband**  
Orbetsqualität, liefern  
Begner & Moll,  
Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

**Geker = Stereotypen**  
bewandert in allen Sprachen, Flach- und Rundstereotypie, auch sofort Stelle. (Egal wohin!) Best. Angebote eröfen an Franz Grasmaner, Passau 3, Römerstraße 10.

**Jules Berne Branttausgabe**  
Illustriert. Quartformat  
39 Bände, gebund. Jeder Band 12 Mk. 13 Coppelbde., geb. Jeder Band 20 Mk. (Belieb. Anzahl Bde. können bestellt wer.)  
WZahl. 10 Proz. monatl. gefatt.  
E. S. Otto & Co., Berlin-Nikolaistraße.

**Seltene**  
Kriegsgefangenenzeitungen  
Fliegerabwürfe usw.  
zu kaufen gesucht.  
Ingenieur-Mölkemöller, Bonn.

**Gesegelte und Kästen**  
sowie Formregale, Giegregale, Maßstäbe, Waagen und Farbenprüfstände, Sahbretter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager.  
Begner & Moll, Düsseldorf,  
Graf-Adolf-Straße 112.

**Zeller**  
Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb im Krankenbause zu Selge unser lieber Kollege, der Schriftseher  
**Paul Kühne**  
geb. am 24. Juni 1889 in Kameny i. Sa.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Orts- und Bezirksverein  
Münster i. W.

**Das Problem einer neuen Berufsverfassung**  
schildert auf 70 Seiten in anschaulicher Weise, wie im deutschen Buchdruckgewerbe auf dem Boden einer wahrhaft sozialen und rationalen Berufsgemeinschaft gearbeitet werden könnte. Jeder denkende Kollege laufe dieses Büchlein, das von K. Schaeffer, Redakteur des „Korrespondent“, verfasst ist, zum Preise von 1 Mk. beim Verlag des Bildungsverbandes d. D. B., GmbH., Leipzig Salomonstraße 8, Postcheckkonto 53430

**Stereotypen - Galvanoplastiker**  
mit allen vorkommenden Arbeiten auf das Beste vertraut,  
zum baldigen Eintritt gesucht  
Angebote mit Zeugnisabschriften an  
W. Crüwell, Dortmund.

**Bierfarbendrucker**  
welcher auch erste Kraft in Autotypie und Katalogdruck sein muss,  
G. C. F. Platenhahn & Sohn, Chemnitz.

**Erster Akzidenzseher**  
gesucht. Zeugnisse und Einsehung selbstgeleiteter Arbeiten eröfen.  
Geh. 3000 - Buchdruckerei, Wankeneke.

**Typographseher (A)**  
sind sofort dauernde, selbständige Stellung.  
Buchdruckerei A. Meyerheim, 1129  
W. andenburg (Saxe).

**Durchaus tüchtiger, zuverlässiger**  
**Dinotypeseher**  
mit mehrjähriger Praxis, guter Maschinenehner, für Idealmaschine zum baldigen Eintritt in dauernde Stellung gesucht.  
Genossenschaftsbuchdruckerei Selh.

**Für 6 Mark monatlich**  
(einschließlich aller Lehrmittel)  
können Sie nach unfrer weltberühmten Methode  
**TOUSSAINT-LANGENSCHIEDT**  
eine fremde Sprache erlernen!

Bedenken Sie, was das auch für Sie bedeutet! Für einen geringfügigen Betrag, den Sie gewis für einen einzigen Theaterbesuch ausgeben, können Sie sich Kenntnisse erwerben, die für Ihr Vorwärtkommen von unermeßlichem Werte sind.  
Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Deutschland in nicht allzu ferner Zeit daran gehen wird, seine wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Auslande in größerem Maße auszubauen. Dazu sind Sprachkundige in großer Anzahl erforderlich. Nutzen Sie also die günstige Gelegenheit aus! Sorgen Sie dafür, daß dieser Ausbau auch Ihnen Vorteil bringt. Lernen Sie rechtzeitig fremde Sprachen!

Unfrer weltberühmte Methode Toussaint-Langenscheidt bietet Ihnen Gelegenheit, in leichtverständlicher Weise auf Grund des Selbstunterrichts jede wichtigere fremde Sprache zu erlernen. Keine Vorkenntnisse, keine bessere Schulbildung erforderlich. Das Studium nach unfrer Methode ist eine interessante Beschäftigung für Ihre freien Stunden.

Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung. (Prof. G. Langenscheidt) Berlin-Schöneberg, Bahnstr. 29 30, Verlag der Sprachunterrichtswerke nach der Methode  
**Toussaint-Langenscheidt**

Auf nebenstehendem Antragsform nur die gewünschte Sprache und Adresse genau angeben. Dann in offenem Briefumschlag frankiert als „Drucklos“ (10 Pf.) einlegen. Wenn weitere Aufträge gemacht werden, nur als verfassender Brief zulässig.

Ich eröfe um Zubehörung der im „Korrespondent“ angebotenen Einführung in den Unterricht der  
Sprache kostenlos, portofrei und ohne Verbindlichkeit für mich  
Name: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Ort und Postfach: \_\_\_\_\_

**Hier abonnent!**